

II-336 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 257 IJ

1991-01-09

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz
an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten
betreffend einer UNO-Resolution über "Wanderarbeiter"

Durch eine jüngst beschlossene UNO-Resolution wurde der Schutz der Rechte von "Wanderarbeiter" und deren Familien umfassend geregelt. Die beschlossene UNO-Resolution hat in letzter Konsequenz weitreichende Auswirkungen auf innerstaatliches Recht.

Den unterfertigten Abgeordneten wurde bei der Beurteilung der bezeichneten UNO-Resolution Bedenken aus dem Innen- und Sozialministerium offenbart. Österreich hat aufgrund seiner exponierten mitteleuropäischen Lage, als Beitrittswerber zur EG und als Grenzstaat zu den ost- und südosteuropäischen Reformländern größtes Interesse, diesen sensiblen Bereich von "Wanderarbeiter" umfassend zu lösen. Als Beitrittswerber zur Europäischen Gemeinschaft müßte bei derartigen Resolutionen auch ein Gleichklang mit der EG gefunden werden.

Die unterfertigten Abgeordneten richten an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Hat Österreich der bezeichneten UNO-Resolution über den Schutz der Rechte von "Wanderarbeiter" und deren Familien, zugestimmt?
- 2) Wurden die Konsequenzen aus der bezeichneten UNO-Resolution mit den einzelnen Ministerien insbesondere dem Sozial- und Innenministerium abgesprochen?

- 3) Haben die Länder der Europäischen Gemeinschaft dieser UNO-Resolution zugestimmt?
- 4) Werden Sie in Zukunft derartigen UNO-Resolutionen Parlament oder im Auswärtigen Rat vorberaten?